Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM., im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 15 Rpfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 107 — 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 9. Mai 1931

Störungsfeuer.

Das Wochenendhäuschen. — Vorstoß in der Reparationsfrage. — Tolle Irreführungen.

Im englischen Botschafterpalais, unweit des deutschen Auswärtigen Amts, hat nach dem Kriege lange Jahre hindurch Lord d'Abernon gesessen, der über seinen Berliner Aufenthalt vor kurzem dickleibige „Erinnerungen" veröffentlichte. Darin hat er — teils überheblich, teils am Äußeren kleben bleibend — auch die Persönlichkeiten der deutsch Reichskanzler skizziert, die ja gerade zum englischen Botschafter fast alle in recht nahen Beziehungen gestanden haben. Und mit Befremden, beinahe mit Entrüstung muß der Deutsche hier lesen, daß dem Lord d'Abernon überhaupt jegliches Verständnis für die geradezu ungeheuerlichen Schwierigkeiten fehlt, mit denen deutsche Reichskanzler seit dem Kriegsende zu kämpfen hatten. Er findet ihren Arbeitseifer oft übertrieben und tadelt es, daß so ein armer deutscher Reichskanzler sich, seine Umgebung und seine Nerven ruiniere, weil er — viel zuwenig Sport treibe. Wäre Lord d'Abernon heute noch in Berlin, dann würde er diesen Tadel mit besonderer Betonung gegen den jetzigen Reichskanzler richten. Zwar vermag Dr. Brüning einen Teil der Schwierigkeiten etwas leichter zu überwinden, die seinen Vorgängern im Amt das Leben sauer machten und diese zwangen, sich im Parlament auf rednerische Kämpfe einzulassen und keine Zeit etwa für den nervenberuhigenden Tenniskampf zu haben, den Lord d'Abernon besonders empfiehlt. Der Reich einer baldigen Zusammenberufung des Reichstages und einer dort mehr oder weniger laut werdenden Kritik ist wieder einmal am Reichskanzler vorübergegangen, und die Rechtsopposition ist gar nicht erst zur darüber entscheidenden Sitzung des Ältestenausschusses erschienen. Aber deswegen hat er doch keine Zeit, Lord d'Abernons Empfehlungen gemäß sich Körper und Nerven durch Tennisspiel zu stärken oder wie sein englischer Kollege zu „weekenden". Bisher hat dem deutschen Reichskanzler noch niemand ein komfortables Wochenend-„Häuschen" zur Verfügung gestellt, so eins à la Chequers, wo Macdonald als Schloßherr walten kann.

*

Hat man deutscherseits doch allerhand Hoffnungen an ein politisches, also sicherlich nicht allzu geruhsames „Weekend" geknüpft, das Reichskanzler Dr. Brüning wirklich „genießen" soll, — eben in jenem Schloß Chequers, zusammen mit Englands Ministerpräsidenten, dessen Einladung nach dorthin ja noch immer besteht. Solche Hoffnungen und Wünsche wollten wissen, daß bei den Zwiegesprächen etwa im Juni beim Besuch des deutschen Reichskanzlers so etwas wie ein Vorstoß in der Reparationsfrage erfolgen soll, als Vorbereitung für einen offiziellen Schritt der Reichsregierung gegenüber den Gläubigermächten des Young-Planes. Amtlich ist ein Dementi erfolgt, sind derartige Gerüchte als unbegründet zurückgewiesen worden, wurde betont, daß irgendein formeller Beschluß der Reichsregierung gar nicht vorliege und das Ganze nur ein „Störungsfeuer" von der französischen Front her sei. Zum Teil werden nun allerdings hier Dinge dementiert, die nur vermutet, nicht strikt behauptet wurden. Zum Teil wurde auch dementiert, was wenigstens in der deutschen Öffentlichkeit — gar nicht behauptet worden ist! In Washington, auf der Internationalen Handelskammerkonferenz, war man offener und deutlicher, hat auch das Dementi des amerikanischen Staatssekretärs, die Vereinigten Staaten dächten nicht an eine Streichung der interalliierten Schulden einschließlich der deutschen Schulden, etwas zurückgewiesen, das zu verlangen politisch und finanziell jetzt leider gar nicht möglich ist und von den deutschen bzw. neutralen Delegierten auch gar nicht verlangt worden ist. Es bleibt uns aber — der Youngplan selbst, der einen Aufschub für die Aufbringung der deutschen Tributzahlungen zuläßt. Und der Schatten dieses „Moratoriums" kann also um so eher Umrisse und Gestalt gewinnen, je deutlicher es geworden ist, was dem deutschen Volke nun schon wieder zur Ordnung der öffentlichen Finanzen bevorsteht. Haben doch die bisherigen gewaltigen Anstrengungen nach dieser Richtung hin nicht zu dem erstrebten Ziele geführt, sondern neue riesige Löcher klaffen in den Haushalten des Reiches, der Länder und zahlreicher Gemeinden. Und wie tief im Gegensatz zu England, Amerika oder gar Frankreich der Lebensstand des deutschen Volkes gesunken ist, wie er noch immer weiter sinkt, hat vor einem internationalen Publikum kürzlich der Reichsbankpräsident mit einigen, nur und höchstens noch das Ausland erschütternden Zahlen dargelegt. Ebenso starke Triebkräfte, vielleicht sogar noch stärkere, gehen aber aus vor allem von den sozialen Folgen, die der Young-Plan zeitigte und weiter zeitigen wird, wenn die Regierung nicht endlich den Versuch macht, aktiv in der Frage der „Reparationen" zu werden, die diese Bezeichnung ja längst nicht mehr verdienen.

*

Wenn man uns Deutschen gegenüber wenigstens sachlich bliebe, uns so behandeln würde, wie die Würde eines, wenn auch überwältigten Volkes von 65 Millionen es verlangen darf, das doch schließlich der Welt auch einiges gegeben hat! Besonders eifrig sind gegen uns französische Militärs tätig, sobald auch sie unter die Memoirenschreiber gehen und über Deutschland aus ihren „persönlichen Erinnerungen und Eindrücken" zu erzählen anfangen. Man braucht z. B. nur an die politischen Hemmungslosigkeiten der Generale Mordacq und Guillaumat über ihr Wirken im besetzten Rheinland, dann des dortigen Oberkommissars Tirard usw. zu erinnern. Das vorläufig letzte Glied in dieser Kette ist die Artikelreihe des früheren französischen Militärattachés in Berlin, des Generals Tournès, der die tollsten Irreführungen — um nicht direkt Lügen zu sagen — über Deutschlands militärische „Rüstung" verbreitet. Einer seiner Kronzeugen dabei ist ein kommunistischer Reichstagsabgeordneter, dessen Behauptungen der Franzose glatt hinnimmt, obwohl er genau weiß, daß bekanntlich der Reichswehrminister auf Behauptungen von dieser Partei nicht antwortet. Das alles ist hier besonders taktlos, weil man von amtlicher Seite den Franzosen bei seiner Abberufung besonders liebenswürdig behandelte, — ohne allerdings zu ahnen, daß an der gleichen Ehrentafel auch noch ein anderer Franzose aus dem Stabe des Generals Tournès saß, der dann nach Königsberg ging und einfach spionierte. Abberufen ist er bis heute noch nicht!

Dr. Pr.

Briands Rede gegen die Zollunion

Briand, der Friedensapostel.

Der Außenminister vor der Kammer.

In der Sitzung der französischen Kammer ergriff Briand das Wort. Der „Anschlußversuch" habe in der Kammer, im Lande und bei ihm selbst eine sehr erklärliche Bewegung hervorgerufen. Briand wandte sich sodann gegen diejenigen, die in Frankreich selbst seine Stellung untergruben. In sehr geschickter Form wies der Außenminister auf seine Arbeit mit den rechtsstehenden Ministerpräsidenten Poincaré und Tardieu hin und

entbot unter dem Beifall des Hauses Poincaré seinen Gruß.

Mit erhobener Stimme fuhr er dann fort: Frankreich ist durch meine Politik nicht geschwächt worden. Die Schwierigkeiten die sich hier und da bemerkbar machen, sind auf die Friedensverträge zurückzuführen. Frankreich steht heute als

der Soldat des Friedens

da. Der deutsch-österreichische Anschlußversuch ist in erster Linie wirtschaftlicher Natur. Ich sage dies nicht, um seine Tragweite abzuschwächen. Denn sicherlich hat er

auch einige politische Seiten.

Wenn sich aber ein Land in wirtschaftlicher Not befindet, und ein anderes großes Land, das geographisch günstig gelegen ist, die Gelegenheit ergreift, um mit diesem Lande eine gewisse Sprache zu sprechen, so kann es vorkommen, daß

Europa vor Schwierigkeiten

gestellt wird. Heute gibt es jedoch ein internationales Schiedsgericht, nämlich den Völkerbund, und es ist ein großer Fortschritt, daß selbst Fragen, bei denen das Prestige eines Landes auf dem Spiel steht, öffentlich beraten werden können. Im Augenblick dieser öffentlichen Aussprache entfernt sich

die Gefahr des Krieges.

Auch ich bin der Auffassung, daß Deutschland mir eine derartige Geste hätte ersparen können.

Das Land, das diese Lage heraufbeschworen hat, hat einen großen psychologischen Fehler begangen.

Auch für Benesch sei der Schlag recht hart gewesen. Trotzdem hätten ihn seine Gegner nicht angegriffen, sondern sich alle um ihn geschart. Frankreich habe sich im übrigen nicht lediglich erregt, sondern habe

auch einen Aufbauplan

aufgestellt, der den wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Osteuropa begegnen werde.

In Genf werde Deutschland seine Akten verteidigen und Frankreich die seinigen. Verstehe man sich nicht, so werde der Internationale Schiedsgerichtshof rechtsprechen. Deutschland und Österreich behaupten, das Recht für einen derartigen Plan zu besitzen.

Ich antworte: Nein!

Denn wenn sie diesen Gedanken hatten, so hätten sie ihn mit den anderen Mächten besprechen müssen und insbesondere mit derjenigen, die ihnen Anleihen gegeben hat.

Briand erklärte dann, er hoffe, daß derjenige, der in Deutschland Stresemann ersetze, von europäischen Gedanken inspiriert sein werde und verstehe, daß „Gewaltakte heute nicht mehr modern" seien. Man werfe ihm vor,

daß er mit seinen Friedensideen den Krieg vorbereite.

Mit Männern, die entschlossen seien, den Frieden aufrechtzuerhalten, sei jedoch kein Krieg möglich. Er halte den Frieden aufrecht.

Unter ungeheuerem Beifall der Kammer, der sich bis weit in die Mittelparteien erstreckte, schloß Briand mit den Worten, daß

Frankreich der Staat des Friedens

sei. Es sei zu jeder Solidarität bereit. Wenn es diese Politik weiterverfolge, würde es niemals in den Augen der Welt verlieren.

Die Abgeordneten, die noch zu Worte kommen, begründen ihre Stimmabgabe. Fougère (Linksrepublikaner) begründet zunächst die Tagesordnung der Regierungsparteien, die von der Regierung bereits angenommen ist.

Sie hat folgenden Wortlaut:

„Die Kammer bekeuert ihre Zustimmung zu einer Politik internationaler Verständigung und einer weitgehenden loyalen Zusammenarbeit der Völker Europas; sie verurteilt formell den Plan der deutsch-österreichischen Zolluninon, der in Widerspruch zu dieser Politik und zu den Verträgen stehen würde. Die Kammer billigt daher die Erklärungen der Regierung und spricht ihr das Vertrauen aus und geht zur Tagesordnung über."

Nachdem der sozialistische Abgeordnete Leon Blum verlangt hatte, daß die in der Tagesordnung Fougère noch aufgenommene Passage „— die Kammer lehnte jeden weiteren Zusatz ab" gestrichen werden sollte, stellte Ministerpräsident Laval als Abschluß der Aussprache für das Verbleiben dieser Passage die Vertrauensfrage.

Die Kammer lehnte daraufhin die von den Sozialisten geforderte Streichung mit 470 gegen 115 (sozialistische) Stimmen ab. Hierauf wurde der Rest der Tagesordnung Fougère mit 470 von 470 abgegebenen Stimmen angenommen.

Der Eindruck in Paris.

Paris, 8. Mai. Die große „Kandidatenrede" Briands für die Staatspräsidentenschaft — denn so und nicht anders wurde sie allgemein aufgefaßt — hat in Paris befriedigt, obwohl seine mit Geschicklichkeit und starkem Pathos vorgetragenen Erklärungen inhaltlich eigentlich nichts neues brachten. Die Kammer horchte jedoch erstaunt auf, als Briand erklärte, daß der Anschluß im Friedensvertrag unter gewissen Voraussetzungen vorgesehen oder zumindest nicht verboten sei. (Worauf Briand die bekannte Klausel aus dem Vertrag von St. Germain verlas, die sich auf das Entscheidungsrecht des Völkerbundsrates bezieht.) Ferner verdient die Feststellung Briands Beachtung, daß auch Poincaré den Rapallovertrag hingenommen habe, ohne daß das Prestige Frankreichs deswegen zusammengebrochen sei. Man könne ihm also nicht vorwerfen, daß er das Prestige schlechter gehütet habe als Poincaré. Der bis tief in die Mitte des Hauses gehende stürmische Beifall bestätigt jedenfalls, daß Briand keine außergewöhnlichen Anstrengungen zu machen brauchte, um das Vertrauen der Kammer, gleichviel aus welchen Motiven es auch entspringen möge, zu gewinnen.

*

Die Kontrollausschußsitzung verschoben.

Die Tagung des Kontrollausschusses für die österreichische Völkerbundsanleihe für 1922, die zum 12. Mai nach Genf einberufen worden war, ist nach einer der österreichischen Regierung zugegangenen Mitteilung verschoben worden.

Die interalliierten Schulden auf Deutschlands Rücken.

„Soll Onkel Sam der Sündenbock für alles sein?"

Einen Vorstoß in der Frage der Schuldenzahlungen und Reparationen, die man bisher auf den Wink der amerikanischen Regierung bei den Verhandlungen der Internationalen Handelskammern in Washington ängstlich zu vermeiden bemüht war, machte Staatssekretär a. D. Bergmann, der über die wirtschaftlichen Auswirkungen der Schuldenzahlungen, insbesondere der Reparationen, sprach. Die ganze Bürde der interalliierten Schulden und die Reparationen, so führte Bergmann aus, liege auf Deutschlans Schultern. Er verzichte darauf, vor einem internationalen Forum die Rückwirkungen der Reparationen auf Deutschland allein zu beleuchten. **Es sei Pflicht der Internationalen Handelskammer, den Einfluß der Reparationszahlungen auf die internationale Wirtschaft genau zu studieren und zu analysieren. Deutschland werde gezwungen, seine Ausfuhr zu verstärken und die Einfuhr einzuschränken. Das bedeute eine ernste wirtschaftliche Gefahr.**

Diese Rede hat außerordentliches Aufsehen erregt. Das Interesse an ihr, so meldet ein Berichterstatter der englischen Zeitung „Times" aus Washington, habe jede andere Frage in den Schatten gestellt, und es habe den Höhepunkt erreicht, als bekanntgeworden sei, daß auf Herrn Bergmann ein starker Druck ausgeübt worden sei, um ihn an einer zu brüsken Behandlung des internationalen Schuldenproblems zu verhindern. Die französische Abordnung habe wieder großen Wert darauf gelegt, daß die Frage nicht in einer Form aufgeworfen werde, die die Handelskammer zu einer Festlegung ihrer Haltung zwingen würde. Nichtsdestoweniger habe Bergmann eingehend über das Problem gesprochen. Frankreich geht ja in der Behandlung des Schuldenproblems mit Amerika Hand in Hand, und das Bestreben der Deutschen, Engländer und Italiener, diesen Punkt mit starker Betonung in eine Entschließung der Internationalen Handelskammer hineinzubringen, begegnet dem schärfsten Widerspruch der Franzosen und Amerikaner. Die unverblümte Erklärung des Weißen Hauses, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nicht gewillt sei, eine Herabsetzung der interalliierten Schulden zu erörtern, sowie die deutliche Rede Mellons haben die Amerikaner, die der Regierung keine innenpolitischen Schwierigkeiten machen wollen, in eine belkle Lage gebracht. Die Entschließung des Ameri-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF